

Volke-Zeitung

Dreilundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts. Zustellungsgebühr. Derstellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im am 15. Zeitungsbogen unter *Volke-Zeitung* eingetragen. Für unterrichtliche eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der *Volke-Zeitung* gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133; Postfach-Roma Leipzig Nr. 4609.

Anzeigen

werden 8. 8erpalet, 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet u. in unseren Anzeigenblättern u. allen Anzeigenblätter ab 92 mm br. Millimeterzeile 75 Pf. Anzeigen-Anschauung vorm. 11 Uhr, für die Sonntags- u. ab 3. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl. u. Haupt-Verwaltung: Halle, Neue Dromaden 13, Dr. Braunhauer. 17. Neben-Verwaltung: Leipzig, Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 586.

Halle, Montag, den 15. Dezember 1919.

Einzelpreis 15 Pf.

3,8 Milliarden Anleihe-Ergebnis.

Das vorläufige Ergebnis der Zeichnung auf die Deutsche Spar-Prämien-Anleihe.

WTB, Berlin, 15. Dez. Das Ergebnis der Zeichnung auf die Deutsche Spar-Prämien-Anleihe beträgt, soweit sich aus den bisher eingelaufenen Zeichnungsbüchern feststellen ließ, rund 3,8 Milliarden Mark. Das Ergebnis wird sich aber voraussichtlich noch durch aus dem Ausland eingehende Nachmeldungen erhöhen. Ein abschließendes Ergebnis kann erst nach Einlaufen der endgültigen Meldungen, die Ende dieses Monats zu erwarten sind, bekanntgegeben werden. Besonders hervorzuheben ist zu werden verdient die außerordentlich große Anzahl kleiner Zeichner auf ein und zwei Stüde.

Stadtvorordnetenwahlen in Danzig.

WTB, Danzig, 15. Dez. Bei den gestern abgehaltenen Stadtvorordnetenwahlen wurden in 132 Bezirken insgesamt 80 000 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die deutsche nationale Partei 18 351 Stimmen, gewählt 14 Abgeordnete, Polen 7391 Stimmen, 5 Abgeordnete, vereinigte sozialdemokratische Partei 26 554 Stimmen, 20 Abgeordnete, Zentrumspartei 11 271 Stimmen, 9 Abgeordnete, deutsches demokratisches Volkspartei 13 032 Stimmen, 9 Abgeordnete, wirtschaftliche Vereinigung 13 101 Stimmen, 10 Abgeordnete.

Streif in Berliner Warenhäusern.

Berlin, 15. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) In den der Warenhäuser der Firma M. Wertheim sind heute vormittag die Handwerker, Handwerker, Heizer und das übrige technische Personal in den Streik getreten. Es handelt sich um eine Forderung, die vor 14 Tagen an die Aktion der Firma gerichtet wurde, und die eine außerordentliche Gehaltserhöhung für die Arbeitergruppen hatten sich geltend zu machen, um für die der Firma gewollten Vermögenswerten einen Beitrag zu leisten. Sie erklärten, daß jetzt während des Weihnachtsgeschäftes für einen Lohnaufschlag der Bekleidungsfirmen sei. Die Firma hat auch in der Lage, diese Summe zu zahlen, da die Einnahmen im Monat November 56 Millionen betragen hätten. Unter diesen Umständen sei die Forderung der etwa 1200 Arbeiter, die insgesamt 360 000 Mark betrage, abzuweisen. So von Seiten der Firma eine Antwort auf die Forderung nicht erlangen ist, so müßte die Arbeitsleistung zur Erbringung der Bewilligung erfolgen. Im Laufe des Vormittags sind Versuche angestellt worden, zu Verhandlungen zu gelangen.

Banfraud in Rachen.

Hachen, 15. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Ein heftiger Banfraud ist am Sonntag in Rachen verübt worden. Im Bankhaus Proß & Co. erschien eine Personlichkeit in deutscher Hauptmannsuniform in Belgien, von fünf Schützen und sechs Pistolen begleitete Soldat. Der Mann gab an, Befehlshaber des belgischen Militärkontingents zu sein, und er sei gekommen, um eine Bilanz vorzunehmen, ob sich in dem Besitz des Inhabers des Bankhauses Wertpapiere befinden, die in Belgien im Jahre 1918 geflohen worden sind. Er zeigte auch eine Urkunde, die den Stempel des belgischen Militärkontingents trug. Dann befragte er den Bankier Proß, ob er in Belgien gewesen sei. Dann befragte Proß, ob er in Belgien gewesen sei. Dann wurde der Bankier selbst in sein Schlafzimmer einbezogen und von einem Schwärmer und drei belgischen Soldaten bewacht. Nach einer Viertelstunde erschien der Hauptmann wieder und führte die Schwärmer und die Wachmannschaften in die Wohnräume zurück, nachdem er zuvor vorher schon einen Wechsel mit den aus dem Kontingent herausgenommenen und in einen Koffer verpackten Effekten gemacht hatte. Er handelte sich um etwa 170 000 Mark in belgischem Geld und 75 000 belgischen Kronen und anderen Währungen. Da der Bankier sofort den Verdacht eines Raubes hatte, wies er seinen Diener an, mit einem verlässlichen Schutzmännchen den belgischen Hauptmann anzuhalten und ihn anzuhalten. D. Hauptmann sprach sich mit der belgische Wache und dann allein zu Fuß zum Kontingent, wo er in der dortigen Verbindungswahl verhaftet wurde, mochte er jedoch in Hoffentlichkeit dem Koffer bei seinem Abgang mitgenommen und der belgischen Wache ausgeliefert wurde. Er gab an, Kravatte zu sein. Seine Personalführer sind noch nicht identifiziert. Das geraubte Geld wurde dem Bankier wieder zurückgeliefert.

Ein bayrischer Antrag über eine allgemeine Arbeiterruhe.

Berlin, 15. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Das bayrische Ministerium für soziale Angelegenheiten hat beim Reichsarbeitsministerium die Einführung einer allgemeinen Arbeiterruhe unter gleichzeitiger Forderung der Sonntagsruhe in der Weihnachtszeit einschließlich für das ganze Reich vorgeschlagen. Die förmliche Regierung plant, weil die Arbeitslosigkeit in dieser Angelegenheit auf sie vorzutreten sollte, dem Antrag aufzugeben zu können, wenn von der gewünschten Einigung der Arbeiter und die für die gerechte Fortführung des Wirtschaftslebens unbedingt notwendigen Bedingungen

ausgeschlossen werden. Man gehe dabei von der Ansicht aus, daß durch die Arbeitslosigkeit in gewissen vorläufig wichtigen Betrieben der Konsum etwas verringert werden könne.

Die Londoner Konferenz beendet.

Wagel, 15. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Der Korrespondent der *Volke-Zeitung* meldet aus Paris, daß die Londoner Konferenz vorgestern, Sonntag, abend 6 Uhr nach dreitägiger Dauer beendet worden ist. Ueber ihr Ergebnis liegt offiziell keine Meldung vor, doch werden als Resultate u. a. aufgeführt: 1. Die Räumung von England und Frankreich erkennen die Disputation von Finnland nicht an. 2. Die amerikanischen Vorbehalte. England und Frankreich bestreiten dem, daß der Vertrag mit Frankreich ausschließlich von den Vereinigten Staaten ratifiziert werde. 3. Rußland. -- Mit der Ratifizierung wird nicht verhandelt. 4. Türkei. Die deutsche Forderung der ganzen türkischen Frage ist unverzüglich in die Hand zu nehmen.

Sowjetrußland und die Kriegsgefangenenfrage.

London, 15. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet, daß die Beziehungen zwischen den baltischen Staaten und der Sowjetregierung bis Ende des Monats verflochten wurden. D. G. G. teilte dem *Times*'s Korrespondenten in Kopenhagen mit, daß das Verprechen der Sowjetregierung, die Kriegsgefangenen auszuliefern, von derselben zurückgenommen wurde. Kinnow scheint Verzögerungspolitik zu verfolgen.

Ministerwechsel in Paris in Sicht.

Genf, 15. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) In der Londoner Zeile Clemenceau heißt sich ein weiteres Gerücht von einem bevorstehenden Ministerwechsel. Es sei aufzufassen, daß der Direktor der politischen Abteilung im Ministerium des Auswärtigen sich mit Clemenceau nach London reiste, während der Minister Wilson in Paris blieb. Was einer gewissen Mäßigkeit, die an Wilson in letzter Zeit aufzufallen ist, der sich wenig mit den Anwesenheiten im Ministrium beschäftigt, folgert man, daß Wilson Land durch Verzicht auf seine Rechte, der aber nichtigen Anwesenheiten in der letzten Zeit bereits selbständig bearbeitete.

Frankreichs Forderungen an England.

Lugano, 15. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Der Londoner Vertreter des *Corriere della Sera* hebt hervor, daß Frankreich von England verlangt habe, dieses solle ihm Garantien zu geben gegen jeden nicht neutralen Angriff Deutschlands unabhängig von dem Vertrag Amerikas zum Garantievertrag. England liebt aber noch unentschieden geblieben.

Furchtbares Judenpogrom in Kurl.

WTB, Paris, 14. Dez. Nach einer Depesche des *Times* aus Odessa sollen die Bolschewiken fast die gesamte jüdische Bevölkerung der Stadt Kurl, die sie befehligt haben, ermorden wollen. Die jüdischen Antisemitischen, Intellektuellen, sowie die besten Bürgergelehrten vor einer revolutionären Gericht sitzt und nach einem kurzen Verfahren hingerichtet worden.

Villas Räuberleben in Mexiko.

WTB, Paris, 14. Dez. Laut *New York Herald* sollen die Truppen des Generals Villa zwei Amerikaner und einen Engländer gefangen genommen haben. Der Engländer sei entlassen worden, für die Freilassung der beiden Amerikaner sollen die Mexikaner je 10 000 Dollar fordern.

Keimar Hodding 7.

WTB, Berlin, 15. Dez. Der Verleger Keimar Hodding ist gestorben.

Ein Unfall Clemenceaus.

Paris, 14. Dez. Nach einer Hausnachricht wurde Clemenceau während der Ueberfahrt nach London auf der Kommandobrücke des Zerstörers *Tenacite* gegen einen Kasten gestürzt und erlitt leichte Kontusionen, konnte aber trotzdem den Sitzungen beiwohnen. Der Ministerpräsident trat heute nachmittag wieder in Paris ein. Ueber das Ergebnis seines Besuchs in London erwiderte ihm Clemenceau *„außer bester Dinge“*. Bei der Ausreise habe sich *„vollkommen heilbringend“* ergeben. Eine spätere Hausnachricht aus Paris besagt: Dr. Zuffe unternahm Sonntag abend Clemenceau in seinem Arbeitszimmer im Regierungsbüro und hatte einen unglücklichen Sturz durch ein Stiegenhaus. Die auf Montag anberaumte Sitzung des *Conseil des Ministres* wurde auf den 21. nachgeschoben, an welchem Tage nachmittags Staatskanzler Dr. A. A. angesetzt wird. Es wird jedenfalls heute noch von Clemenceau empfangen werden.

Der demokratische Parteitag.

Zu der Nachmittags-Sitzung des Sonabendes sprach u. a. auch Reichsminister A. D. W. G. Er bemerkte eingangs, daß er kein *„Nomen verbotlich“* sei. Man dürfe nicht vergessen, daß wir leistungsfähig. Man müsse moralische Eroberungen machen und das Gewissen der Welt wahren. Andererseits müsse man wirtschaftliche Verbindungen aufknüpfen. In der Welt müsse Arbeit geschaffen werden über die Ursachen des Krieges. Er sei der letzte, der alle Schuld auf die deutschen Führer schiebe. Es sei klar und eindeutig gemeint, daß Deutschland selbst mit der Unterzeichnung anfangen. Er habe sich entschieden an dem *„Unterstützung“* angeschlossen. Er habe aber an der vorgelagerten Entscheidung. Er habe erst am 15. Sitzungstage Abschriften von den Akten bekommen. (Stört, brüllt) Das man sein richtiges Urteil von den Ausführenden Verhandlungen bekommen habe, liegt an der Vertikalisierung der Presse, die Entlastungen herausgegriffen habe. Im Interesse der Unparteilichkeit habe er in den Burg und Ludendorff nicht mehr Rechte gestiftet können, als jene Vorgänger den anderen Augen gewährt haben. Somit hätte das Ausland gelang. Es seien alles Ereignisse. Das Ganze sei zu unheimlichen Zwecken ausgenutzt worden. Er bedauere auch die Bekämpfung durch einzelne Drogue der Partei. Die Demokratie müsse die Führung übernehmen für Arbeitsmoralen und Sittlichkeit. (Beifall der Beifall.)

Minister A. D. Preuß (Berlin) verlor Selbstvertrauen für die Partei. Man höre zu viel Kampfabstrakte und Klagen über den Rechtsabmarsch. (Sehr richtig!) Die äußere Politik werde von der inneren Politik abhängen. Wir können nur diplomatisch etwas erreichen, wenn wir die geistigen Maßnahmen hinter uns haben. Das Vorgehen der Reichsparteien disziplinäre Deutschlands. Der Redner schloß unter lebhaftem Beifall mit dem Ausdruck freier Zukunftshoffnung für die demokratische Partei.

Der Vorsitzende Dr. P. e. e. (Hamburg) hält es vor der Ratifizierung des Friedensvertrages, wo die Gegner auf jedes Wort hören, nicht für angebracht, über auswärtige Politik zu sprechen. Der Unterhandlungsausschuß sei die demokratische Grundlage, die es gebe. Er warte daher die politische Wache gegen den Unterhandlungsausschuß mitzugehen. (Sehr richtig!) Die wichtigste Aufgabe sei es, Wahrheit und Klarheit vor den Wahlen zu verbreiten. Man solle auf dem Parteitag hinsichtlich des Unterhandlungsausschusses keine politischen Entschlüsse fassen.

An der Sonntagssitzung nahm zunächst das Wort Dr. A. H. g. Ludwigshafen, M. d. R. Er verbreitete sich über die

Allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland.

Die Arbeitslosigkeit und der arbeitenden Bevölkerung sei nicht so gering, wie man es sich gemeint hätte. Die Arbeitslosenunterstützung wurde häufig von gewissenlosen Leuten mißbraucht. Als weiteres Moment unserer traurigen Wirtschaftslage komme die wirtschaftliche Anhebung durch unsere Feinde. Der Absatz nach dem Ausland sei vorläufig praktisch vollkommen unterbrochen. Ein weiterer Punkt sei dann darin zu erblicken, daß unser Verkehrswesen vollkommen ruiniert sei. Bei unseren Eisenbahnen fehle es an Wirtschaftlichkeit und Effektivität. Aufgabe werde der Bahn wohl zugewiesen, aber sie nehme

andere Wege als in die Lokomotiven.

Eine Hauptschuld an der darniederliegenden Wirtschaftslage trage ferner der schlechte Valutastand. Da für sei vor allem der Mangel an Vertrauen im Ausland zu dem deutschen Verhältnissen verantwortlich zu machen. Wenn wir unseren schlechten Valutastand beiserstellen wollten, so müßte so teuer wie irgend möglich an das Ausland verkauft werden. Wir müssen zu einem freien Handel und zu einer vollkommen freien Wirtschaft möglichst bald kommen. Die Rohpreise müßten mit Rücksicht auf die Inzessionssteuern erhöht werden. Eine wirksame Entlastung der Arbeiter durch Erhöhung der Produktion nicht. Nahrungsmittel müssen der Staatsverwaltung freigegeben werden. Wie kann der schlechte Valutastand entgegengeleitet werden? Wir müssen dem Uebermaß an Zahlungsmitteln entgegenarbeiten dadurch, daß wir verändern, daß unzulänglicher Weise neue Zahlungsmittel an den Tag gegeben werden. Dazu gibt es nur den einen Weg, durch die Steuererhebung dafür zu sorgen, daß unbedeutend alle Ausgaben von Reich, Staat und Gemeinden aus laufenden Einnahmen gedeckt werden, und nicht wie bisher auf dem Wege der Anleihen. Das Notopfer ist eine demokratische Forderung, und wir werden es bewilligen müssen, schon deshalb, weil für die Arbeitslosen ausdrücklich für die nächsten zehn Jahre besondere Ermäßigungsätze Platz gefunden haben. Das Fehlen der Saluta hat das Notopfer zweifelslos milder gestaltet. Wir wollen trotz sein, wenn es die 60 Milliar-

den erbringt, die man von ihm erwartet. An eine Verschärfung des Kriegsschutzes glaube ich nicht, da — weil das Notopfer nur in Papier gegahlt wird — der ganze Betrag des Kriegsschutzes dem heutigen Markstand entsprechend nur einen Wert von 5-6 Milliarden in Gold ausmacht. Es muß nur Bestreben sein, die Koalition möglichst lange aufrechtzuerhalten. Wir müssen Arbeitslosen und Arbeitsfreudigen haben. Wir müssen dazu in das Reich Geld schicken. Es ist uns nicht so ausgemacht, wie wir es wünschten, aber man darf nicht vergessen, daß wir nicht nur eine Partei der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer sind. Für die Arbeitslosenunterstützung muß eine neue Form gefunden werden, vielleicht ist, daß die Entschädigung künftighin nicht mehr in Geld, sondern in Naturalien geschieht. Dann muß Arbeit geschafft werden. Ich denke dabei vor allem an Anlaufbauten. Hier kann mit geringem Verbrauch produktive Arbeit geleistet werden. Es muß ein freies Erwerbserwerbseis eingeführt werden. Das darf aber nicht so gehen, daß die Gewerkschaften darunter leiden. Denn wir haben kein Interesse daran, die Gewerkschaften herunter zu machen (Sehr richtig). Der mit vorübergehender Mäßigkeit ist so gedacht, daß die Arbeitgeber auf dem Wege der Belegung gezwungen werden, eine Kautelen zu stellen. Jedem Arbeiter werden wesentlich 5 Prozent des Lohnes abgezogen und in eine Zwangsparität bis zur Höhe von etwa 1000 Mark gelegt.

Senator Dr. Peterlein empfiehlt, die Partei nicht mit Sozialprogrammen zu belasten. Es müßte mehr Politik gemacht, nicht geredet werden. Ein Aktionsprogramm dürfen wir jetzt nicht herabbringen, sondern ein finanzielles Wahlprogramm. Unsere Partei darf nicht weiter programmiert sein.

Dr. Frankfurter (Berlin) spricht über das Parteiprogramm

und verteidigt die Vorgehensweise der Kommission bei der Auffstellung gegen die verschiedentlich aufgetretenen gegenteiligen Ansichten innerhalb der Partei. Wir haben mit dem Programm den Weg in die weite, ferne Zukunft aufgezeigt wollen.

Kaufmann (Frankfurt) verteidigt den von der Kommission beschlossenen Zusatz zum Parteiprogramm, der lautet: In allen Maßnahmen muß jedoch die Steuererhebung Rücksicht nehmen auf die Möglichkeit der Bewilligung von Kapital, denn ohne solche Bewilligung ist der Gesamtertrag der Volkswirtschaft nicht so zu erhöhen, daß auch die Lebenshaltung jedes einzelnen gehoben werden kann. (Sehr gut!)

Es beginnt die Diskussion über die finanziellen Wirtschaftsprüfung.

Dr. Vogelstein (Berlin): Man darf die Wirtschaftsprüfung nicht vom ethischen Standpunkt aus ansehen. Vom lediglich allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt aus wenden wir uns gegen eine Reihe derjenigen Wirtschaftsprüfungsmaßnahmen, die neuerdings von der Nationalbankung beschlossen worden sind: Vertriebssteuern, Steuern und Steuerfragen. Nichts ist in der Welt so abstrakt, wie z. B. der Gedanke, daß man durch die Tariffrage, daß 3 bis 5 Teile in einem Unternehmen durch einen Delegierten vertreten sind, eine größere Befreiung der Arbeiter eintritt. Die menschlichen Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind abzuwenden. Die Bilanzvorlegung ist eine inhaltlichste Auffassung und nicht eine sozialistische.

Preis (Lüneburg) spricht über die Ernährungfrage und fordert, die Kriegsgesellschaften so schnell wie möglich aufzulösen und an ihre Stelle Kreisgenossenschaften zu setzen, die mit den Konsumenten zusammenarbeiten.

Dr. Gid (Berlin) spricht über das Reichsnotopfer und bringt mit 30 Delegierten eine Resolution ein, das Reichsnotopfer nicht als einmalige, sondern als eine der gleichen Ergebnisse sichernde fortlaufende Vermögensabgabe zu erheben.

Minister a. D. Götze wendet sich gegen die Auffassungen, daß mit der Beschaffung des Reichsnotopfers durch die Entente nicht zu rechnen sei, weil es nicht mehr wert ist als ein Saufen Papier. Wegen einer solchen Auffassung muß unbedingt Widerspruch erhoben werden, denn die Entente würde den Betrag natürlich nur zum gegenwärtigen Valutastand berechnen, also die 60 Milliarden zu höchstens 5 bis 6 Milliarden Markt. In der ganzen Wirtschaftslage hängt davon ab. Deshalb müssen wir eine absolut klare und bindende Zusage der Entente erhalten.

ob sie das Reichsnotopfer mit Beschlag belegen will oder nicht. Solange diese Zusage nicht gemacht ist, darf das Gesetz nicht erlassen werden.

Graf (Berlin): Es muß festgestellt werden, daß die Wünsche der Arbeitgeber in dem Vertriebssteuergesetz nicht erfüllt worden sind. Es geht nicht an, daß sich ihre Rechte mindlich und schriftlich gemäßigten entschuldigen, daß sie überhaupt an dem Vertriebssteuergesetz mitgewirkt haben. Wir fordern, daß neben der individuellen Wirtschaftsordnung auch die Form des Arbeitsrechts als ein demokratisches Postulat anerkannt wird, an dem unbedingt festgehalten werden muß. Ich bitte Sie, mit den Arbeitnehmern zusammenzuarbeiten zur Schaffung eines neuen Arbeitsrechts, dessen Entwurf dieses Vertriebssteuergesetz sein wird. Wir dürfen keinen Unterschied machen zwischen Bürgerlichen und Arbeitern, wir wollen eine Partei sein, die alle zusammenfaßt.

Richter (Berlin) wendet sich gegen die Form des Vertriebssteuergesetzes. Auf jeden Fall müßte es erst dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden.

In der Nachmittags Sitzung

regiert zunächst das Wort

Dr. Müller (München), um sich mit den wirtschaftlichen Problemen Deutschlands zu beschäftigen. Ich möchte an Reich und Nationalversammlung den Appell richten, bei den getragenen Maßnahmen auch die Presse zu berücksichtigen, namentlich beim Vertriebssteuergesetz. Es darf jedenfalls nicht dahin kommen, daß durch die Bestimmungen des Vertriebssteuergesetzes eine völlige Lahmung der wirtschaftlichen Freiheit der Presse eintritt. Gleich, das Vertriebssteuergesetz ist unerlässlich als ein Schritt zur Verwirklichung der sozialen Demokratie, aber es müssen alle Bedenken, namentlich auch die rechtlichen Bedenke dabei zu ihrem Rechte kommen. Eine

Ungeheuerlichkeit ist die Ausdehnung der Umwälzungen gegenüber der Presse.

Nach weiteren Debatten wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag No. 2 bringt einen Antrag ein, daß die demokratische Fraktion der Nationalversammlung darauf sorgen solle, daß bei den Verhandlungen über das künftige Reichswirtschaftsparlament auch die freien Berufe zu ihrem Rechte kommen. Der Antrag wird angenommen.

Ein Antrag Schottlander geht dahin, die Reichsfraktion zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß dem Notopfer nicht eher zugestimmt wird, ehe nicht eine Begrenzung unserer Verpflichtungen der Entente gegenüber festgelegt ist.

Senator Peterlein bittet, dem letzteren Antrag nicht zuzustimmen.

Der Antrag wird darauf zurückgezogen.

Zwei Antrag von den deutschen Brüdern und Schwesterin bezügliche Gränge zu entsenden, werden einstimmig angenommen.

In einer weiteren Resolution wurde zur tatkräftigen Hilfe für Deutschland aufgefodert.

Es wird darauf in die

Generaldebatte über das Parteiprogramm

Nachdem bereits mehrere Redner gesprochen hatten, war bereits Vertagung auf Montag vorgezogen, als ein Antrag einliefe, der verlangte, die Verabsichtigung des Parteiprogramms unter allen Umständen heute festzusetzen.

Darauf geht die Debatte, in der zahlreiche Abänderungsvorschläge zum Ausdruck kamen, bis in die neunten Abendstunden weiter. Der folgende Montag soll die Verabsichtigung des Programms bringen.

Die Kommunisten rühren sich.

Derzeitigungen für den Januar.

Am 6. Dezember ist der Kelagerungsstand, der seit vielen Monaten über Berlin verhängt war, aufgehoben worden und sofort macht sich auch eine stärkere kommunistische Hege bemerkbar. Am Donnerstag fanden mehrere Versammlungen in Berlin statt, die jedoch ziemlich mäßig besucht waren. Eine lebhafte Bearbeitung der Straßensituation und sonstigen Verhältnisse stellten sich wiederum ein. Man erwartet für Januar einen allgemeinen Verkehrsstreik in Berlin, und wie dieser Tage in einer kommunistischen Versammlung der Redner erklärte, hoffen die Kämpfer der Fraktion der U. S. P. und der K. P. D. die in gemeinlichen Kampf zu bereiten und entschlossen sind, die Bewegung weiterzuführen und einen Generalstreik herbeizuführen zu können.

Die K. P. D. zentrale Kommittee, wie die Zeitung der Berliner oppositionellen kommunisten sich über die Parteizentrale, daß der innere Habitus im Kommunismus in demselben Moment zum Schmelzen kommen müßte, wo der „große Kampf“ bräutete. Wie aus kommunistischen „Blättern“ und die letzten Wahlen bestanden die K. P. D. allerdings in der letzten Zeit sehr zusammengeschwunden, viele Gewerkschaften und Gewerkschaften sind von ihren Führern heimlich verlassen worden, andere hat ihnen Entlassung erhalten. Ein weiteres Hindernis ist die große Geldnot. Immerhin scheint aus Nürnberg jetzt wieder etwas Geld einzuströmen, das den K. P. D. die Überwindungsstellen beobachtet werden.

Die kommunistischen Eisenbahner erheben neue Forderungen.

Die kommunistischen Eisenbahnerorganisationen am Mittwoch und Donnerstag haben in Berlin die Forderungen für neue Forderungen von 50 Prozent Lohnsteigerung aufgestellt und drohen bei ihrer Nichtbefriedigung bis zum 15. Januar mit einem Generalstreik der deutschen Eisenbahner. Die offiziellen Organe der Eisenbahner hatten sich von der neuen kommunistischen Bewegung fern.

Noch größere Zuckerknappheit.

Im Reichsrat kam es am Donnerstag zu einer ziemlich heftigen Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Finanzminister und dem Reichsfinanzminister. Der preussische Finanzminister war Herr Erbenberg, der Reichsfinanzminister war Herr Erbenberg. Die Nichtannahme von Vereinbarungen anlässlich der Eröffnung der Landesfinanzämter vor. Der Bericht einer Reichsabschadenordnung wurde schließlich nach dem Beschluß der Nationalversammlung angenommen. Ferner kam eine neue Verordnung zur Änderung der Steuererzeugung in der Provinz, wonach der Preis des Rübenzuckers sinken auf 150 Mark festgesetzt werden soll. Der Bericht der Reichsabschadenordnung, daß die Zeit für eine freie Wirtschaft des Zuckers noch nicht gekommen erweise. In den Jahren 1921/22 werde eine große Zuckerknappheit herrschen. Es wäre Maßnahmen getroffen, um eine große Exportrestriktion zu sichern, könne die Preisgabe ins Auge gefaßt werden.

Baldige Jancereise nach Weidenbaues in Nordranch und Belain.

Berlin, 13. Dez. (Eigene Drahtnachricht). Wie wir von unerhöhter Seite erfahren, werden das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsfinanzministerium in der nächsten Zeit die Weidenbaues zum Reichswirtschaftsrat nach Weidenbaues gehen ist. Es steht kein Zweifel mehr darüber, daß schon in Februar und März 1922 die profitorische Arbeit am Weidenbaues in ordentlichem Umfang in Ansehung genommen werden kann. Die deutschen Gewerkschaften haben bereits ihre Missionen an den einschlägigen Arbeiten in die Wege g'leitet.

Clemenceau und Lloyd George besuchen sich in Amerika.

Die „Reichliche Zeitung“ berichtet von der heimeligen Grenze: Der Reichsminister Lloyd George und Clemenceau und Lloyd George schon nach den ersten Beratungen in London überlegen gekommen seien, alle vier Monate in die amerikanischen Staaten zum Friedensvertrag und Vierbunde anzunehmen, antwort vollständig auf die Mitteilung der beteiligten Staaten zu ver-

richten. Diese Meldung wird für die amerikanisch gerichteten „Wirtschaftsblätter“ in Deutschland eine recht bittere Pille sein. Die Schriftstg.

Clemenceau gibt die österreichischen Ge'antenen frei.

Paris, 13. Dez. Der österreichische Vertreter in Paris hat in ein' Rede vom 8. Dezember bei der französischen Regierung die Beziehungen zwischen Österreich und Frankreich späteren Verhältnissen im Hinblick auf die österreichischen Beziehungen zu den französischen Ministerpräsidenten mit, daß die Regierung entschlossen habe, die Maßnahmen zugunsten der österreichischen Gefangenen zu treffen, und ihre Beziehung nach der Entlassung des Friedensvertrags zu genehmigen. Den französischen Behörden wurden Anweisungen erteilt, die Heimführung der Kriegsgefangenen so rasch wie möglich zu beginnen.

12 Stunden-Arbeit in Russland.

Moskau, 13. Dez. Im Gouvernement Petersburg ist die arbeitsfähige Bevölkerung mobilisiert worden, um Holz für Petersburg zu schaffen. Die Arbeiter sollen befristet werden. Der Rat der Verteidigung hat Verfügung getroffen, bezugnehmend auf Arbeiter und Arbeiter der Holzverforgung als in Arbeitsdienst bestehend betrachtet werden. Es wird eine militärische Disziplin eingeführt. Falls nötig, sind die Arbeitskräfte verpflichtet 12 Stunden täglich zu arbeiten. Überlebensfragen und Gebote werden nach der Bestimmungen der Kriegsgesetze behandelt. (Wird später die Umänderung der Verfassung in Deutschland bis in die nächsten Tagen durch die Einführung militärischer Disziplin unter der Arbeiterschaft?)

Deutsches Reich.

Zusatz in einer Frontsoldaten-Versammlung.

Berlin, 15. Dez. Gestern vormittag veranstaltete der Friedensbund der Kriegsteilnehmer eine Versammlung mit einem Thema, durch dessen Behandlung sich eine Anzahl anwesender Frontsoldaten, die aus dem Baltikum zurückgekehrt waren, verlesen fühlten. Es kam zu Tadeln, bis die Sicherheitskommission erschien, worauf die Frontsoldaten den Saal verließen.

Geen Scheidemanns Wahl in Kassel.

In Kassel erklärte sich eine Versammlung aller bürgerlichen Parteien für die Ausschreibung des Bürgermeisterspostens und lehnte die Entziehung, an die Demokraten und das Zentrum in Kassel die dringende Mahnung zu richten, von der Wahl Scheidemanns abzusehen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 15. Dezember 1921.

Hallischer Lehrerverein.

In seiner letzten Sitzung beschloß sich der Verein zunächst mit Gehaltsfragen. Den Vorschlägen, welche nach dem Normalentlohn bedingt werden, sind vom Magistrat und Stadterwerbungsamt 500 Mark Zulage bewilligt worden und zwar nicht als ausnahmsweise Anwartszulage für dieses Jahr, sondern als langfristige Zulage, die sich über die Jahre hinweg über ein bestimmtes Maß hinaus zu erhöhen hat. Die Beschlüsse des Vereins sind dem Magistrat zu bitten, den Vorschlag in der Besondere der Volks- und Vorlehrer im Gehaltsverhältnis gestellt hat. Der Verein beschloß, den Vorstand des Vertriebslehrervereins zu beauftragen, dem Magistrat in bezugnahme der Gehaltsfragen, welche Gehaltsfragen im Wesentlichen zurückzuführen und den Magistrat zu bitten, den Vorschlag in der Besondere der Volks- und Vorlehrer herbeizuführen.

Nun erstarrt Herr Rebschob das Wort zu seinem Vortrage:

Die kollektive Schulleitung.

Es wäre darauf hin, wie in den meisten deutschen Staaten (Sachsen, Bremen, Baden) die Schulleitung und das Schulministerium der Lehrer vorhanden sind und heute die Lehrer, welche die Schulleitung im Wesentlichen besetzen, auf die Besondere der Volks- und Vorlehrer im Gehaltsverhältnis gestellt hat. Der Verein beschloß, den Vorstand des Vertriebslehrervereins zu beauftragen, dem Magistrat in bezugnahme der Gehaltsfragen, welche Gehaltsfragen im Wesentlichen zurückzuführen und den Magistrat zu bitten, den Vorschlag in der Besondere der Volks- und Vorlehrer herbeizuführen.

Nun erstarrt Herr Rebschob das Wort zu seinem Vortrage:

Die kollektive Schulleitung.

Es wäre darauf hin, wie in den meisten deutschen Staaten (Sachsen, Bremen, Baden) die Schulleitung und das Schulministerium der Lehrer vorhanden sind und heute die Lehrer, welche die Schulleitung im Wesentlichen besetzen, auf die Besondere der Volks- und Vorlehrer im Gehaltsverhältnis gestellt hat. Der Verein beschloß, den Vorstand des Vertriebslehrervereins zu beauftragen, dem Magistrat in bezugnahme der Gehaltsfragen, welche Gehaltsfragen im Wesentlichen zurückzuführen und den Magistrat zu bitten, den Vorschlag in der Besondere der Volks- und Vorlehrer herbeizuführen.

